

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Samstagspreis Nr. 58.

Samstagspreis Nr. 58.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quintinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 6.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 3514 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 2-spaltige Zeile 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4-spaltige Reklamezeile 5.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 260

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Freitag, 11. November 1921 (Martin B.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Die Einleitung der großen Koalition in Preußen.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 11. Nov. Gestern vormittag begannen, der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge, die angeständigten Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Vertretern der Industrie und der Banken über die Frage der Kredithilfe.

Berlin, 11. Nov. Die in Berlin weilenden Mitglieder des Reparationsausschusses haben sich zunächst darauf beschrankt, mit dem auf Grund des Bonner Ultimatums eingerichteten Garantiekomitee und den sonstigen Vertretern der Alliierten in Berlin Fühlung zu nehmen.

Berlin, 11. Nov. Der Deutsche Juristenbund und der Deutsche Anwaltsverein und der Deutsche Notarverein protestieren gegen den im Preussischen Landtag gestellten Antrag, nach dem hervorragenden, praktisch erfahrenen Personen aus allen Kreisen des Volkes nach Ablegung der Gerichtsprüfung die Befähigung zum Richteramt erteilt werden kann.

Hamburg, 10. Nov. Das Hamburger Segelschiff „Mars“ ist im letzten Sturm gescheitert. Vorher war der Kapitän und der Steuermann über Bord gestürzt worden. Die beiden zurückgebliebenen Matrosen wurden von schwedischen Schiffen in halb ertrunkenem Zustande aufgefunden. Das Schiff ist vollkommen zerstört.

Stockholm, 10. Nov. Die schwedische Akademie hat heute beschlossen, Anatole France den diesjährigen Nobelpreis für Literatur zu verleihen.

Rom, 10. Nov. Infolge des Zwischenfalles zwischen Faschisten und Arbeitern hat die Arbeitskammer den Generalkstreik in Rom beschlossen.

Lissabon, 10. Nov. Auf der Eisenbahnlinie im Süden der Provinz Alentejo ist ein Zug entgleist. Elf Personen wurden getötet, vierzig verwundet. Der Versuch, die Entgleisung eines Zuges herbeizuführen, ist in der Gegend von Évora entdeckt und eine Untersuchung ist unverzüglich eingeleitet worden.

New York, 10. Nov. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus New York haben die in den Vereinigten Staaten abgehaltenen Staats- und Gemeindevahlen vorwiegend mit dem Siege der Demokraten geendet. In New York wurde John F. Ryan zum Bürgermeister wiedergewählt.

Die neue Preußen-Regierung vor dem Landtag

Berlin, 10. Nov. Am preussischen Landtage entwickelte heute Ministerpräsident Braun die Politik seines Kabinetts. Die Situation, in der sich unser Land befindet, heißt

nicht Worte, sondern Tat.

Schwer lasten wirtschaftliche Not und Verdrossung auf unser Volk. Die Faust des Siegers drückt mit unverminderter Macht.

Preußen wird am schwersten getroffen von den Auswirkungen des Friedensvertrags. Noch immer lauern ökonomische Stürme unter dem Druck der rechtswidrig verhängten Sanktionen. Ten Deutschen Volksgenossen links und rechts des Rheins, die unter dem Druck der Besetzung leiden, spreche ich die warmste Sympathie der Staatsregierung aus.

Von den Reichsländern abgesehen, trifft

der ganze Verlust an Land und Volk allein Preußen. Im Osten, Westen und Norden hat Preußen wertvolle Gebiete und Volksteile verloren. Hunderttausende guter deutscher Männer und Frauen sind zum Teil unter fremde Staatsbürgerschaft gezwungen worden. Der schwerste Schlag aber ist Preußen verfehlt worden durch die Entschädigung über

Oberschlesien.

Über 700 Jahre ist Oberschlesien deutsches Land. Es verdankt seine hohe wirtschaftliche Blüte allein deutscher Intelligenz und deutscher Arbeit. Über 60 v. H. der ober-schlesischen Bevölkerung haben sich für das Verbleiben bei Deutschland ausgesprochen. Gleichwohl hat der oberste Rat in Paris das industrielle Wirtschaftsgebiet Oberschlesiens willkürlich zerschnitten und fast 40 v. H. der ober-schlesischen Bevölkerung und über 90 v. H. der industriellen Anlagen den Polen ausgeliefert. Ich hoffe, daß es bei den ausgearbeiteten Verhandlungen mit Polen gelingen wird, katastrophale Folgen für die ober-schlesische, für die gesamte deutsche Wirtschaft zu vermeiden. Der Nachspruch des Siegers kann wohl neue Grenzsteine setzen, die geistige und kulturelle Gemeinschaft eines Volkes kann er nicht zerschneiden. (Beifall der Versammlung.)

Noch ist keine Deduktion für den

Gehalt der laufenden Staats-geldern. Trotz aller Sparanstrengungen bringt jeder Tag neue Anforderungen. Soll es gelingen, den Staatshaushalt zu balancieren, dann muß vor allem der Beschäftigung in der Wirtschaft Förderung herbeigeführt werden. (Mahn der Kommunisten.) Auch ist eine größere Selbstständigkeit der Finanzen des Staates und der Gemeinden anzustreben. Seine Einnahme-

quellen können aber nur ergiebig sein wenn unsere Wirtschaft prosperiert. Die

Hebung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung wird die Regierung sich besonders angelegen sein lassen. Wucherische Preistreiberien und Spekulationen werden mit allen Machtmitteln des Staates bekämpft werden.

Die Stärkung des Gemeinfinns wird zu der dringend notwendigen

Verordnung der Volkswirtschaften beitragen. (Rufe bei den Kommunisten: Beifall Hurra!) Die Um- und Ausgestaltung unseres Schulwesens soll im Rahmen der Reichsverfassung fortgesetzt werden. (Mahn der Radikalen.) Die

Demokratisierung der Verwaltung

soll dem hohen Maße mit künftiger Vereinfachung vorgelegt werden. (Mahn der Radikalen.) Die den Anforderungen der Gegenwart entsprechende Regelung der Rechtsverhältnisse der Beamten wird durch Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes in die Wege geleitet werden. Die Staatsregierung wird

Abhilfe einzelner Gebiete aus dem preussischen Staatsgebiet nicht unterstehen. (Beifall rechts.) Nur durch ein ungekünsteltes und ungeschwächtes Preußen im Reich kann die Reichseinheit gewahrt werden. (Rufe bei den Kommunisten: Stimmt!) Preußen kann nicht ohne das Reich und das Reich nicht ohne Preußen leben. Das treibende Motiv für die

Schaffung der großen Koalition.

war das Bestreben, mehr Stetigkeit und Sicherheit in die preussische Politik zu bringen. Jede Partei muß dabei beitragen. Die Arbeitgemeinschaft der vier Parteien ist ein Beweis dafür, daß innerhalb dieser Parteien der Wille gewachsen ist, eine Einheitsfront aufzubauen, die den besten Interessen des Volkes an den Wiederaufbau unseres Vaterlands nicht verlor. Unserer Verantwortung bedarf, gehen wir aus Werk, zu dem wir Sie um Ihre vertrauensvolle Mitarbeit bitten. (Beifall der Versammlung, Mahn und Zischen der Unabhängigen und Kommunisten.)

Die Sozialdemokratie.

Hauschild (Soz.), vom Vorn der Radikalen fortgesetzt, führt aus: Die Erklärung des Ministeriums findet die Billigung meiner Fraktion. Wir sind gewillt, an der gesetzgeberischen Arbeit des Hauses teilzunehmen; mit den anderen sozialistischen Parteien zusammen zu arbeiten, sind wir allerdings im Augenblick nicht in der Lage, (Mahn der Unabhängigen, Mahn der Kommunisten.) Wir wollen unter allen Umständen verhindern, daß Herge mit seinen Gefolgsleuten von Bayern aus die deutsche Republik in die Länge nimmt. (Zustimmung der Mehrheitssozialisten, Mahn der Radikalen.) Die Gesetze, insbesondere die über die Verwaltungsreform, bedürfen schleuniger Erledigung.

Das Zentrum.

Herold (Ztr.) erklärt im Namen seiner Fraktion:

Wir haben uns auf den Boden gestellt, daß

Ruhe und Ordnung unter allen Umständen

aufrecht erhalten werden müssen. Für die wirtschaftliche Entwicklung bedürfen wir einer aktionsfähigen Regierung. Wir sind daher im Reiche und in Preußen in eine große Koalition eingetreten. Nach den Wahlen zum preussischen Landtag haben wir uns bemüht, die Koalition durch Einbeziehung der Volkspartei zu erweitern. Als Ministerpräsident hat sich Sieger-

macht jedenfalls mit aller Kraft für dies Ziel eingesetzt. (Zusch. richtig!) Zunächst mußte allerdings eine Regierung aus Zentrum und Demokraten in der Hoffnung auf eine erweiterte Koalition gewählt werden. Dies ist jetzt erreicht worden. Wir bedauern, daß Siegerwald nicht an die Spitze des neuen Kabinetts trat. (Mahn der Unabhängigen, Mahn der Kommunisten.) Bis zum letzten Augenblick sind wir für ihn eingetreten, aber die Koalition war nun möglich, wenn wir von der

Person Stierwalds Abstand

nahmen. Eine Übernahme des Reichsfinanzministeriums hat er leider abgelehnt, um sich der nationalen Arbeiterbewegung zu widmen. Die Zusammenfassung des Ministeriums entspricht zwar nicht unsern Wünschen, aber wir haben der Koalition zugestanden. Hoffentlich arbeitet die Koalition auf Grund des Programms erfolgreich zusammen zum Wohle des Vaterlandes. Der

Die Deutsche Sozialpartei.

Dr. v. Raue (D. Sp.): Die Politik der gemeinsamen Arbeit der Koalitionsparteien wichtige Forderungen der einzelnen Parteien zurückgestellt werden müssen, wird einleuchten.

Das Vaterland ist das Heil.

(Mahn der Kommunisten.) Der Individualismus muß zurückgedrängt werden. Eine Lösung der Rabinetsfrage von ganz links oder rechts wäre nicht im Interesse des Vaterlandes gewesen. Es blieb nur der Versuch aus der Mitte abzu. Ein festes Programm läßt sich gegenwärtig nicht aufstellen. Der

Gedanke einer Einheitsfront.

der inmitten unserer Not eine nationalpolitische Notwendigkeit darstellt, sollte doch dazu führen, daß sich die Parteien in ihrer Agitation Beschränkungen auferlegen. Wir wollen die Gegensätze zwischen Bürgerlichen und Arbeitern, Reichssozialdemokraten und Demokraten aus der Welt schaffen. Machen wir uns stark dafür, die Stat in kürzester Zeit, evtl. durch Zwangsmittel, zum Abschluß zu bringen!

Die Presse der neuen Regierung.

Berlin, 11. Nov. Die gestern im preussischen Landtag vom Ministerpräsidenten Braun vorgelegten Richtlinien der großen Koalition in Preußen bezeichnet der Berliner Lokal-anzeiger als so allgemein gehalten, daß sie mit geringfügigen Veränderungen ebensowohl in der Erklärung einer deutschen Nationalen als einer unabhängigen Regierung stehen könnten.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Der Weg, den Preußen jetzt beschritten hat, zeigt einen festen Willen zur Zusammenarbeit und einer gewissen Sicherheit in sich.

Die Germania sagt, es handle sich bei der großen Koalition nur um eine Arbeitsgemeinschaft, die die Sicherung der elementarsten Staatsgrundlagen bezwecke, unser Volk vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Wenn sich die vier Parteien von so inneren Gegensätzen zusammenfinden, so bedeutet das nicht, daß diese Gegensätze aufgegeben werden, sondern daß man vor ihnen den Staatsnotwendigkeiten einen selbstverständlichen Vorrang einräumt.

Das Berliner Tageblatt nennt die Regierungserklärung ein Kompromiß ohne Inhalt, das sich ängstlich hütet, auch nur Gerüchte zu verbreiten und alles von der praktischen Entwicklung der Dinge erwartet.

Der Vorwärts sagt, für die Sozialdemokratie könne nur die Frage entstehen, ob ihr das, was das Programm vertritt, für den Augenblick genügen kann. Festhalten sein werde, daß das neue Regierungsprogramm ein Mindestprogramm ist und daß die Zustimmung zu ihm eine moralische Bindung in sich schließt. Wird es verwirklicht, so ist für das erste allerlei getan worden, was für die Zukunft nützlich ist.

Reichstag und deutsche Werke.

Berlin, 11. Nov. In der gestrigen Reichstags-sitzung wurde von allen Parteien auf sozialdemokratische Interpellationen hin flammender Protest gegen den Anschlag der Entente auf die deutschen Werke erhoben. Bemerkenswert war die Feststellung, daß gerade auf Veranlassung der interalliierten Militärkommission die Umbauarbeiten der Werke erfolgte. Reichsfinanzminister Bauer erklärte unter Zustimmung des Hauses, daß man nur Handelseinigkeit hinter der plötzlichen Sinneswandlung vermuten könne. Anschließend wurde das Beschlussesgesetz in erster Lesung angenommen. Der Zentrumsvorredner, Dr. Goelle, erbat eine Ergänzungsvorlage, um die Spannung zwischen Teuerungszulagen und Gehaltsverhöhung auszugleichen.

Sozialistischer Anng.

Dresden, 10. Nov. Der sächsische Landtag beschloß mit allen sozialistischen gegen alle bürgerlichen Stimmen den 1. Mai und den 9. November als gesetzliche Feiertage festzusetzen.

Ein englischer Vorschlag.

Frankreichs Garantiegesetz.

Paris, 10. Nov. Der Vertreter des „Journal“ in Berlin berichtet: Englische Finanzkreise und mit ihnen der englische Völkischer d'Abernon in Berlin hätten der deutschen Regierung einen Plan unterbreitet, gegen gewisse Garantien ein wahres Moratorium für mehrere Jahre zu gewähren. Während dieser Zeit hätte das deutsche Reich keine Reparationsverpflichtungen auszuführen.

Der „Journal“-Vertreter behauptet, ein derartiger Plan komme einer bedingungslosen Ablehnung der französischen Politik gleich. Durch ihn müßte zumindest die militärische Sicherheit Frankreichs leiden. Ein solches Moratorium würde der Politik der nationalistischen Parteien in Deutschland endgültig die Krone aufsetzen. Nach Ablauf eines solchen Moratoriums sei es für Frankreich materiell unmöglich, von Deutschland auch nur die Ausföhrung eines Teilens seiner Verpflichtungen zu erlangen. Frankreich habe unbedingt Garantien nötig. Die deutsche Regierung behaupte, keine geben zu können unter dem Vorwand, daß z. B. die Kosten nicht Eigentum des Reiches, sondern der Bundesstaaten seien. Diese Kosten gäben aber jährlich einen Betrag von über 300 Millionen Goldmark. (Das ist ihnen so verlockend!) Wenn man sich in solche Diskussionen einlasse, werde schließlich der französische Steuerzahler die Kosten des Krieges und des Wiederaufbaues auf seine Schultern nehmen müssen.

Vor Washington.

Klob Georges Meinung.

London, 10. Nov. In seiner Rede in der Guildhall bei der Einführung des neuen Lord-Mayors führte Klob George etwa folgendes aus:

Obwohl der Himmel trübe ist, glaube ich, daß das Schlimmste der wirtschaftlichen Krise überstanden ist und eine Besserung kommt. Die Geschäftstille, die nach dem Kriege alle Länder ergriff, ist im Schwinden begriffen. Die Grundlage des Kredit-Größbritanniens blieb fest und unverändert. Wir stützen uns niemals in die fürchte Inflationsspolitik, aber selbst diejenigen, die dies taten, werden darüber hinwegkommen, weil ein arbeitames Volk immer am Leben bleiben wird. Die britische Ausfuhr im Oktober war die beste seit März. An dem trüben Himmel erscheint die Washingtoner Konferenz wie ein Regenbogen. Sie kam nicht zu früh; denn eben waren wir aus den europäischen Wirren und Streitigkeiten heraus, als die Länder neue Kriegsmaschinen anzuhäufen begannen, die hundertmal zerstörender sein werden. Die Abrüstung ist der einzige Weg zur Sicherheit. Auf der Washingtoner Konferenz handelt es sich um die Zukunft der Zivilisation. Deshalb bete ich für ihren Erfolg.

Essen, 9. Nov. Bei dem neuen Rheinland-Labet sind heute zwischen Essen und Berlin vorläufig zwei Fernsprecheinrichtungen in Betrieb genommen worden.

Wir und unser Unglück.

Der Erfolg der Arbeit eines Einzelnen hängt von einem geschlossenen Willen zum Handeln ab. Wer nicht weiß, was er will, zerplittert seine Kräfte. Nur geeinte Kraft, die ständig auf ein Ziel hinwirkt, kann Erfolg haben. Das gilt für Staat und Nation. Ein Volk darf nicht ein Hausen durcheinander laufender Menschen sein. Es genügt auch nicht, daß diese bloß von außen durch staatliche Gewalt zusammengehalten werden. Wohl kann man tote Kräfte durch äußere Gewalt zur Massenwirkung zusammenfassen. Eine Mehrheit von Menschen, die alle einen freien Willen haben, bedarf eines gemeinsamen Zieles aus eigenem Willen. Ein Gedanke, eine Idee muß sie beherrschen und ihre Einzelwillen zusammenführen zum Gemeinschaftswillen. Hätte eine kräftige Mehrheit der Deutschen in allen nationalen Dingen diesen starken, unverrückbaren Willen, so würde sich das deutsche Volk nach innen wie nach außen Respekt verschafft haben. Vor seiner nationalen Würde müßten sich auch die Feinde beugen.

Gerade den Deutschen fällt aber die Bildung eines starken Nationalbewußtseins schwer. Wir meinen jenes, das nicht als Großsprecheri sich bekundet, sondern stilles, Aufgaben- und Pflichtbewußtsein ist. Ein Beweis dafür, wie schwer dieses uns fällt, ist die schon anfangs der Neuzeit im Ausland verrufene Zuchtlosigkeit in allen öffentlichen Angelegenheiten, die Freude am Haber. Kein anderes Volk war so seit Jahrhunderten gewohnt, alle Unterschiede der Meinungen und Anschauungen auf die Spitze zu treiben, sich darüber zu erheben und auseinanderzutreiben. In anderen Ländern hielt man bei solchen Auseinandersetzungen immer Maß. Weil der eine in anderen doch stets den Angehörigen der Nation, den Franzosen, den Engländern sah, weil man die Nation nicht gereizen wollte. Diesen Halt hatten die Deutschen zu meist nicht. Die Nachbarstaaten hatten leichtes Spiel, sich in die „deutschen Handel“ zum Schaden der Reichseinheit einzumischen. Ja, sie hatten oft das Vergnügen, daß Deutsche gegen Deutsche das Ausland zu Hilfe riefen.

So entwickelten sich auch in unserer Zeit die Auswüchse wirtschaftlicher, sozialer und parteipolitischer Interessentkämpfe. Auch heute wissen so viele Deutsche noch nicht, was sie in der Reichspolitik wollen, wissen manche unserer Parteien noch nicht, was sie in dieser Schicksalsstunde des Reiches sollen. Es hat zuweilen den Anschein, als ob Parteivertreter und Parteianghörige meinten, es läme nur darauf an, gegen die anderen Recht zu behalten und den Parteistandpunkt durchzusetzen. Und doch sind Parteien nur Mittel zum Zweck des Gemeinwohles. Das kann nur gelingen in einem selbstbewußten Staatsvolke. Erst die Nation kann den Einzelwillen aufrufen und durchsetzen, der eine nationale Würde des Pflichtbewußtseins und der Selbstverantwortlichkeit, kurz eine Autorität schafft. Ohne starke Regierungsgewalt zerfällt ein in den Einzelnen noch so tüchtiges Volk. Es fehlt die innere Kraftgeschlossenheit, der Gewaltdruck der Nachbarn, die einem solchen innerlich schwachen Volke alles glauben bieten zu können, findet seinen Widerstand.

Es wäre zu wünschen, daß darüber in den politischen Versammlungen mehr gesprochen würde als über die leidigen Gegensätze und Machtansprüche der Parteien, die sich einander so gern die nationale Gefinnung abspreiben.

Grünstr. 2. 1. Etg. | abgedr. | Analist. 77.

Eggenhof Geldern
Kaarst bei Neuss
Im November 1921.